

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899

100 (29.4.1899) Parlaments-Ausgabe

Abgabe:
Abonementpreis:
Sie ist jährlich
in Karlsruhe durch
eine Agentur bezogen:
2 Mark 50 Pf., in
das Haus gebracht:
2 Mark 80 Pf., durch
die Post ohne Zustell-
gebühr 2 Mark 50 Pf.
Vorausbezahlung.

Radikale Landeszeitung

Angelagengebilde
Die 1/2spaltige Kolo-
nizelle oder deren
Raum für 20 La-
Inserate 15 Pf., für
auswärtige In-
serate 20 Pf., im
Reklameteil 60 Pf.
Bei größeren Auf-
trägen entsprechender
Rabatt.

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Parlaments-Ausgabe.

Karlsruhe, den 29. April 1899.

Parlamentarische Verhandlungen.

Abdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

73. Sitzung vom 27. April.

Das Haus ist schwach besetzt.
1 Uhr. Am Bundeskanzler: Graf Posadowsky, Reichs-
kanzler.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Bank-
gesetzes.

Nach Artikel I der Regierungsvorlage soll das Grund-
kapital der Reichsbank von 120 auf 150 Millionen Mark, also um
30 Millionen Mark, erhöht werden und aus 50 000 auf den Namen
lautenden Anteilen von je 3000 Mk. bestehen.
Die Kommission hat beschlossen, das Grundkapital um 60
Millionen Mark (von 120 auf 180 Millionen) zu erhöhen. Während
das jährliche Grundkapital von 120 Millionen Mark in 40 000 An-
teile von je 3000 Mk. geteilt ist und auch so geteilt bleiben
wird, soll der Zuwachs von 60 Millionen Mk. in 60 000 Anteile
von je 1000 Mk. geteilt werden. Von diesen Anteilen sind
30 000 Stück bis zum 31. Dezember 1900 und 30 000 bis zum
31. Dezember 1905 in Wege öffentlicher Zeichnung zu begeben.
Die Anteile lauten auf den Namen und sind vom Vorkaufrecht
befreit.

Die Abg. Dr. v. Levetzow (kon.) u. Gen. beantragen zu
bestimmen, daß die ganze Kapitalerhöhung schon am 31. Dezember
1900 vollendet sein soll.

Abg. Dr. Wendt (sp.) beantragt, die 60 Millionen Mark
Kapitalerhöhung in 20 000 Anteile zu je 3000 Mk. zu teilen, die
vom Reiche übernommen werden sollen.

Nach folgenden Bemerkungen des Referenten Abg. Müller-Fulda
(Str.) erhält das Wort

Abg. Dr. Wendt (Reichsp.): Ich will hier die Hauptfrage
auf finanzielle Gesichtspunkte beschränken. Die Hebernahme der Reichsbank für das
Reich wäre das Beste für die Steuerzahler. Die Frage der Ver-
staatlichung ist weder eine agrarische noch eine bimetallistische,
sondern eine wirtschaftlich-politische. Gerade in bimetallistischen
Ländern gehen hier die Meinungen weit auseinander. Auch die
Krisen haben an der Verstaatlichung kein Interesse. Die Ver-
staatlichung würde zudem in der Verwaltung der Bank keine
wesentlichen Veränderungen hervorbringen, denn auch nach der Ver-
staatlichung der Bank würde der Reichskanzler keine andere
Einstellung zu der Bank einnehmen, als jetzt. Mein An-
trag will nur bewirken, daß wenigstens die Verrechnung des
Grundkapitals von der Reichskasse übernommen wird,
damit wenigstens der ganze Zinsausgang aus diesen 60 Millionen der
Allgemeinheit zu Gute kommt. Man hat gegen die Verstaatlichung
vielfach ins Feld geführt, daß die Gelder der Reichsbank im Fall
eines unglücklichen Krieges von den Feinden mit Beschlag belegt
würden, aber ich meine, daß die Reichsbank auch in ihrer letzten
Gestalt vor der brutalen Gewalt nicht sicher wäre. Die
Hauptfrage ist, daß in Zukunft nicht mehr ein so
hoher Diskont von der Reichsbank erhoben wird, wie früher.
Die von der Kommission vorgeschlagene Erhöhung des Grund-
kapitals ist auch wesentlich nur aus diesem Grund gemacht,
Erhöhung des Kapitals wesentlich zur Ermäßigung des Diskonts
beitragen kann. Der Antrag Levetzow bezweckt, die Erhöhung des
Grundkapitals schon in nächsten Jahre vorzunehmen und nicht bis
1905 zu warten, damit die Wohlthaten des billigen Diskonts schon
früher Jahre früher eintreten können. Die Hauptursache des
hohen Diskonts lag eben in dem Geldmangel, in dem Mangel an
Baardeckung. Redner wiederholt hierauf die von ihm schon in der
Kommission wiederholt gemachten Ausführungen. In dem Ein-
tritt des Geldes der hervorragenden Staatspapiere und sonstigen er-
weiterten Papiere sieht man die Wirkungen des hohen Diskonts
des Reichsbank. Deshalb bitte ich Sie, in erster Linie den Antrag
anzunehmen, den ich zu diesem Paragraphen gestellt habe, und der
gerne ist, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu lösen. Sollte
dieser Antrag abgelehnt werden, dann kann das Gesetz wirtschaft-
liche Hilfe nicht bringen. Die Parteien, die ein solches Gesetz zu
Stande bringen helfen — ich richte diesen Appell besonders an das
Centrum — müssen dann aber auch dem Lande gegenüber die Ver-
antwortung dafür tragen.

Abg. v. Staudy (kon.): Meine Freunde sind der Ansicht,
daß wir uns in Bezug auf weitere Anträge große Bedenken
auferlegen müssen, nachdem in der Kommission die Ansichten so
sehr auseinander gepoltert sind. Am prinzipiellen Standpunkt,
daß die Reichsbank zu verstaatlichen sei, halten wir fest. In der
Kommission erklärte der Staatssekretär Graf Posadowsky
sich allerdings aus finanziellen, politischen und wirtschaft-
lichen Gründen gegen die Verstaatlichung, aber wir
können uns dieser Ansicht der verbündeten Regierungen in keinem
Punkte anschließen. Nach unserer Meinung hat die Verstaatlichung
eine Verbesse rung des Diskonts zur Folge. Ich sehe in der
Bankarbeit und abseits der Gewissenhaftigkeit der Leitung der
Reichsbank nicht den mindesten Zweifel, aber das kann uns
nicht abhalten, unsere von der Leitung der Reichsbank
abwärtigen Ansichten zu vertreten. Es ist außer
Interesse, daß die Sozialdemokraten, die noch 1889 Freunde der
Verstaatlichung waren, jetzt Gegner sind, daß die Vorteile der Verstaatlichung
den Parteien zu Gute kommen. Wir haben in der Kommission
wenigstens eine theilweise Verstaatlichung durchzuführen gesucht, verfügen
es uns aber, diesen Antrag zu widerrufen, nachdem derselbe
abgelehnt ist. Nach einer Richtung aber können wir dem Kom-
missionenbeholdung nicht beitreten, wir verlangen nämlich, daß die
Kapitalerhöhung bereits bis zum 31. Dezember 1900 erfolgt sein
soll und haben auch einen dementsprechenden Antrag gestellt. Der
Diskontsatz der Reichsbank ist für das gesamte Reich
von größter Wichtigkeit, seine Verbilligung erreicht dem Lande zum
Vorteil, und diese Verbilligung kann um so eher erfolgen, je schneller
das Grundkapital erhöht ist. Wie können Sie es verantworten,
mit der Erhöhung noch fünf Jahre zu warten? Wir wollen
die Reichsbank nicht zu einem landwirtschaftlichen Kredit-
institut machen, die Landwirtschaft verlangt keinen Kredit-
kredit, wohl aber einen Lombardkredit; im Interesse
des Lombardverkehrs ist aber vor allem die Erhöhung des Grund-
kapitals erforderlich. An einem billigen Lombardkredit bei der
Reichsbank sind wir lebhaft interessiert. Wenn Sie alles
das erwidern, werden Sie zu der Ansicht kommen, daß wir alle Ver-
anlassung haben, das Grundkapital sobald als möglich zu erhöhen.
Nehmen Sie deshalb unseren Antrag an. (Beifall rechts.)

Abg. Cahnshy (Str.): Ich bitte, den Antrag v. Levetzow ab-
zulehnen. Wir dürfen der Reichsbank die Annahme der weiteren
30 Millionen, um welche über den Regierungsvorschlag hinaus, die
Kommission die Kapitalerhöhung beschlossen hat, nicht ausser-
ordnen. Es empfiehlt sich umso mehr, an dem Kommissions-
beschluss festzuhalten, als es sich dabei um ein Kompromiß handelt.

Reichskanzlerpräsident Dr. Koch: Ich will mich sehr kurz fassen.
Es ist ja von prinzipiellen Fragen ganz im Gegensatz zu den
Kommissionsverhandlungen heute nur die Frage der Verstaat-
lichung etwas ausführlicher vom Abg. v. Staudy behandelt
worden, nachdem sie allerdings auch vom Herrn Dr. Wendt noch

mit zum Gegenstand der Erörterung gemacht worden war. Herr
Dr. Wendt hat die Frage freilich aufweisend nicht gerade als eine sehr
prinzipielle auf, denn er sagte, für ihn wäre es lediglich eine finanzielle
Frage, ob man einen allerdings recht wesentlichen Teil des Grund-
kapitals, nämlich 60 Millionen vom Reiche übernehmen lassen wolte
oder nicht. Ich glaube, daß er sich da doch sehr im Irrtum be-
findet, denn die Hebernahme eines Teils der Anteile durch das
Reich führt in der That ohne weiteres zur Verstaatlichung. Einer-
seits die Regelung der Sache stehen alle die Bedenken gegenüber,
einer totalen Verstaatlichung entgegen. Höchstens das Bedenken
vermindert sich etwas, daß das Risiko für das Reich nicht so
groß ist. Während jetzt das Reich gar kein Risiko hat,
würde es bei einer totalen Verstaatlichung das gesamte Risiko
übernehmen, bei einer partiellen würde sich das Risiko auf die An-
teile beschränken, aber es würde der schwere Nachteil eintreten,
daß die ganze Verwaltung der Bank in eine gewisse Verwirrung ge-
rieth, die Aufsicht vermehrt würde mit der direkten Beteiligung
des Reiches bei der Bank, und es würde immerhin der förmliche
Gesichtspunkt, theils bei der Verwaltung selbst, theils bei der Be-
weiserung in der Frage der Diskonterhöhung und in ähnlichen Fragen
ins Spiel kommen. Der Abg. v. Staudy freilich kommt nun auf die Idee,
daß die Diskonterhöhung die Folge sein würde einer partiellen,
und noch mehr die Folge einer totalen Verstaatlichung. In dieser
Beziehung muß ich ihm entgegen treten. Die Höhe des Diskonts
wird von einer völlig unabhängigen Reichsverwaltung festgesetzt;
der Zentralaustausch hat keine Initiative in dieser Beziehung, er
wird nur gutdünlich gehört, und ich kann es versichern — man
wird meiner Versicherung wohl Glauben schenken — daß ein
besonderer Einfluß auf die Diskonterhöhung in dem Sinne einer
von den Interessenten der Bank diktierten Beeinflussung niemals zu
bemerkbar gewesen ist. (Sehr richtig! links.)

Die Anträge auf Hebernahme eines Teils der Anteile durch
das Reich haben im Hause wohl nicht die mindeste Aussicht, sie
sind schon in der Kommission abgelehnt, aber mit großer Mehrheit
abgelehnt worden. Zur Diskussion steht wohl hauptsächlich nur
die Frage der Kapitalerhöhung. Man bitte ich doch, daran
zu denken, daß die Regierung selbst eine Kapitalerhöhung,
und zwar eine recht beträchtliche vorschlägt, vollständig von
dreißig Millionen Mark und außerdem noch ein Wieder-
dreißig Millionen Mark, der auch weiterhin auf die Höhe
von 60 Millionen gebracht werden soll, so daß man im Ganzen zu
einem eigenen Vermögen der Bank von 210 Millionen gelangt. Das
ist gewiß eine außerordentlich ansehnliche Summe. Es ist nun in
der Kommission ein Kompromiß zu Stande gekommen, wonach
über die 20 Millionen des Regierungsvorschlags noch eine weitere
Kapitalerhöhung stattfinden soll, aber nicht sofort, sondern erst
nach 5 Jahren, innerhalb deren abgewartet werden kann,
wie sich die Verhältnisse gestalten. Es liegt da immerhin
eine gewisse Hoffnung übrig, daß die Lücke, die Kreditbedürfnis,
die Notenausgaben sich in der Weise vermindern, daß schließlich doch
die Erweiterung der Garantie, die im Stammkapital liegt, und
die kleine Erweiterung der Betriebsmittel, die darin liegt, tolerabel
sein kann. In dieser Beziehung ist eine Erklärung vom Grafen
Posadowsky abgegeben worden. Nun kommen aber jetzt wesentlich
andere Anträge. Herr Dr. Wendt namentlich führt aus, daß
Kapital müsse sofort erhöht werden, weil wenn Betriebsmittel für
die Reichsbank nötig sind, Gerade vom Grafen Posadowsky ist
bei der ersten Lesung der Bankvorlage geltend gemacht,
daß der Vorwortsatz der Bank auf diese Weise eine
besondere Vernehmung nicht zu erwarten haben würde.
Für die Betriebsmittel der Bank aber kennt das Stamm-
kapital viel weniger in Betracht, als Noten und fremde Gelder,
und erst in zweiter Linie. Herr Wendt hat keine bekannten An-
schauungen darüber vorgetragen, daß die meiner Meinung nach
beachtliche Höhe des Diskonts, die wir namentlich im Winter
gehabt haben, — jetzt sind wir wieder heruntergekommen — nicht
zu unterschätzen sei auf den doch in der That von allen Seiten außer
von ihm angegebenen großen Aufschwung in der Industrie, den
Unternehmensgeist und die deutsche Kraftstoff. Er führt aber
zurück auf den Geldmangel im Ausland, so nehme ich an. Er
hat aber auch in der Beziehung recht falsche Zahlen ange-
geben. Er führt an, die ganze Zunahme in der geplanten
Lombardleihe drücke sich in den Anträgen an die Bank aus,
und habe nur 255 Millionen betragen, vom Februar 1895 bis zum
November 1898, wo die Diskonterhöhung eintrat. Nun ist eine Zu-
nahme der Anlage von 20 Millionen recht beträchtlich. Außerdem
kann man bei der Diskonterhöhung nach anderer Dinge in Betracht;
der Status des Geldes und der fremden Gelder, aber die 200 Mill.
sind eine ganz falsche Zahl. Es hat in der Zeit eine Zunahme um
das Doppelte stattgefunden. Er wies weiter darauf hin, die Zu-
nahme der Noten in der Zeit vom Februar 1895 bis zum November
1898 sei eine verhältnismäßig gar nicht sehr bedeutende gewesen,
und will damit beweisen, daß Alles auf das hinausgegangene Geld
zurückzuführen sei. Einmal haben sich die Noten in der Zeit über-
haupt um 756 Millionen vermehrt, sodann kommt es überhaupt
hauptsächlich auf die Noten an, die ungedeckten Noten. Das ist es
eigentlich, was die Reichsbank besitzt, um den elastischen Münz-
umlauf anzudeuten, wenn es möglich ist, und da zeigen sich gerade
ganz gewaltige Spannungen in der Zeit. Wir hatten am
15. Februar 1897 eine Heberdeckung von 149 Millionen, dagegen
am 15. November 1898 waren ungedeckt 367 Millionen, das
macht eine Spannung von 517 Millionen. Gerade in
diesen Zahlen drückt sich am allerdeutlichsten aus, welche
ungeheuren Ansprüche eben an die Reichsbank gestellt worden sind.
(Sehr richtig! links.) Man kann es aber mit Hilfe der Erweiterung
des Stammkapitals durchaus nicht herbeiführen, daß man weniger
ungedekte Noten ausgibt. Das Stammkapital spielt im Wesent-
lichen nur die Rolle eines Garantiefonds; man muß sich hüten,
den Standpunkt eines ordentlichen Bankpolitikers in der
Erhöhung zu weit zu gehen. Ich will in dieser Beziehung nur einen
kurzen Hinweis in der diesbezüglichen Ausführung des Prof. Wagner an-
fügen, er sagt: Entgegen einer verbreiteten Anschauung und in
Bekennung der wahren Aufgabe des Stammkapitals einer Bank
ist zwar an sich ein „hohes“ Kapital nicht nur kein unbedingter
Vorteil, sondern umgekehrt nicht selten ein Nachteil, weil eine
Gefahr für eine Bank. Denn ein großes Kapital kann im ge-
wöhnlichen Fällen Bankgeschäft nicht immer genügend rentabel ge-
macht werden und verführt daher die Bankverwaltung mitunter zu
geringwertigen Geschäften.

Das ist eben die Sache. Die Verwaltung plant, mit dem
letzten Kapital ganz gut auszukommen. Es spielt bei Spannungen
in der Notenausgabe von 500 Millionen und bei Spannungen in
den ungedeckten Geldern von 3—400 Millionen gar keine Rolle, ob
das Stammkapital etwas größer ist oder nicht. Wir glauben, mit
30 Millionen auskommen zu können. Sind aber nicht unbedingt gegen
die höhere Erhöhung um 60 Millionen. Nun wollen die Herren aber
so schnell als möglich um 60 Millionen erhöhen und da gehen wir
eben in die Verlegenheit, von der Prof. Wagner spricht. Wir werden gar
nicht im Stande sein, die 30 Mill., die sofort beschafft werden sollen,
anzulegen. Es ist viel besser, daß uns noch einige Zeit gelassen
wird. Es ist nicht möglich, die weiteren 30 Millionen im gewöhn-
lichen Bankgeschäft anzulegen, dann wird der Verwaltung
nichts übrig bleiben, als Papiere zu kaufen, wie schon mein
Vorwörter Herr von Dehnen gemeint hat. Ich kann in

dieser Beziehung nur bestätigen, was er hierüber gesagt
hat. Und der Herr Staatssekretär Graf von Posadowsky hat in
dieser Beziehung sich bei der ersten Lesung des Bankgesetzes nicht
anders ausgesprochen und eigentlich ganz dasselbe ausgesprochen. Nun
erwarten die Herren noch weiter einen Vorteil hinsichtlich des
Lombardverkehrs und Herr von Staudy hat den Lombardverkehr
ganz besonders gerühmt als sicheren Verkehr. Ich will
das gar nicht leugnen. Der Lombardverkehr ist, namentlich
wie er von der Reichsbank gehandhabt wird, sehr sicher. Es kommt
aber in der Bankverwaltung nicht bloß in erster Linie auf die
Sicherheit an, sondern auch auf die Liquidität der Anlagen; ich
habe das in der Kommission ausführlich auseinandergesetzt, und ich
glaube, ich kann hier wohl davon absehen. Auf die alte Frage der
Baardeckung will ich nicht zurückkommen. Es wurde früher nur eine
Bevorzugung der einen Art von Papieren eintreten, und dazu konnten
wir uns nicht entschließen. Wir sind vielmehr dazu übergegangen,
jetzt sämtliche Papiere gleich zu behandeln.

Ich erwähne mich kurz dahin: Mit dem bisherigen Stamm-
kapital, in Verbindung mit der Erhöhung, die die Regierung vor-
schlägt, kommen wir aus. Wir wollen abwarten, wie weit wir in
den nächsten 5 Jahren gekommen sind, und ist es irgendwie nötig
und möglich, dann wird die Regierung von der Befugnis, die ihr
eingeräumt werden soll, zur rechten Zeit Gebrauch zu machen wissen.
(Beifall.)

Das Haus hat sich inzwischen sehr stark gefüllt.
Abg. Camp (sp.): Wir sind in der Kommission in der ersten
Lesung leider mit unsern sämtlichen Anträgen abgefallen; darum
versuchen wir uns in der zweiten Lesung auf einen anderen Stand-
punkt zu stellen und wir müssen gestehen, daß wir von
den Herren, die auf einem prinzipiell von den unsrigen
verschiedenen Standpunkt standen, großes Entgegenkommen
erfahren haben. Wir haben eigentlich das Wesentliche erreicht;
Bezug auf die Erhöhung des Grundkapitals und des Notenfontan-
tens, die Beschränkung des Gewinns der Aktionäre und endlich
die Beschränkung der Reichsbank in Bezug auf ihre Privatdiskont-
politik. Deshalb bitte ich die Konservativen, sich dabei zu be-
schließen. Es wäre mindestens unklug, die Vorteile, die wir
erreicht haben, dadurch aufs Spiel zu setzen, daß wir an den Kom-
missionsbeschlüssen nicht festhalten.

Abg. Wülfing (ul.): Nach sehr langen, mühevollen Verhand-
lungen ist es in der zweiten Lesung der Kommission gelungen, über
alle in Betracht kommenden Fragen eine Einigung herbeizuführen.
Diese Einigung hat ihren Ausdruck gefunden in den vorliegenden Kom-
missionsbeschlüssen und ich habe Namen meiner politischen Freunde zu
erklären, daß sie sich einstimmig dem Kompromiß, welches ihre Ver-
treter in der Kommission abgeschlossen haben, anschließen und gegen
alle Anträge stimmen werden, welche von diesen Kommissions-
beschlüssen abweichen.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.): Ich habe im Namen meiner
politischen Freunde diese Erklärung abgegeben wie der Vor-
redner. Wir sind der Meinung, daß Herr Wendt und heute nichts
Neues gebracht hat (Beifall), und da der Vertreter der ver-
bündeten Regierungen es nicht für notwendig gehalten hat, sich
weiter mit ihnen zu beschäftigen, so ihnen wir das auch nicht. Wir
haben in der Kommission außerordentlich viel ausgegeben und
werden über die Kommissionsbeschlüsse keinesfalls hinausgehen.
Abg. Dr. Siemens (fr. Sp.): Wir haben in der Kommission
in vielen Punkten nachgegeben, wollen aber an dem einmal erzielten
Kompromiß festhalten und werden alle Amendements ablehnen.

Abg. Dr. Wendt (sp.): Es ist für mich von Interesse, von
den Vertretern der beiden freisinnigen Gruppen zu hören, daß sie
bei dem Kompromiß sehr viel ausgegeben haben. Ich möchte wirklich
wissen, worin das besteht. Sie haben zugegeben, daß die Anteilseigner
etwas in ihren Dividenden beschränkt werden. Das ist aber auch alles.
In einem Anwaltsbüro, wo Hilfe nötig ist, kann ich mich nicht fünf
Jahre vertreiben lassen. Wenn Feuer ausbricht, dann löst man
nicht erst nach fünf Jahren, sondern braucht die Feuerprobe gleich.
Für meinen Antrag verweise ich wiederholt auf die Zahlen der
Statistik. Redner ergeht sich in erneuten Betrachtungen über die
Bedeutung dieser Zahlen, wobei er durch Reden und Widerspruch
fortwährend unterbrochen wird. (Präsident Graf Posadowsky bittet
wiederholt um Ruhe.) Wenn Sie noch so viel Lärm machen, über
diese Zahlen kommen Sie nicht hinweg. Ich halte das nicht für die
richtige Art der parlamentarischen Diskussion, daß man Zahlen
und Gründe durch Gesäusel zu überdecken sucht. (Lachen links.)

Damit ist die Erörterung.
Nach einem Schwurwort des Referenten Müller-Fulda (Str.)
wird zunächst der Antrag Wendt unter großer Heiterkeit des
Hauses gegen die Stimme des Antragstellers und die des Abg.
Fisch. von Wangenheim abgelehnt, desgleichen der Antrag
von Levetzow gegen die Stimmen der Konservativen und
eines Teils der Reichspartei. — Gegen die Stimmen der letz-
genannten Minderheit wird darauf der Kommissionsbeschluss
angenommen.

Artikel 2 der Regierungsvorlage bestimmt: Von dem jähr-
lichen Reingewinn der Reichsbank wird zunächst den Anteilseig-
nern eine ordentliche Dividende von 3 1/2 Prozent des Grund-
kapitals berechnet, 2) von dem Mehrertrag eine Quote von 20
Prozent dem Reservefonds zuzurechnen, so lange derselbe nicht
zwei Fünftel des Grundkapitals betragt, 3) der abstrah verbleibende
Ueberschuß zur Hälfte an die Anteilseigner und zur Hälfte an die
Reichskasse gezahlt, soweit die Gesamtdividende der Anteilseig-
ner nicht 5 Prozent übersteigt. Von dem weiter verbleibenden
Rest erhalten die Anteilseigner ein Viertel, die Reichskasse
drei Viertel.

Die Kommission hat dem Artikel 2 folgende Fassung ge-
geben: Von dem Reingewinn wird 1) zunächst den Anteilseigern
eine ordentliche Dividende von 3 1/2 Prozent des Grundkapitals be-
rechnet, sodann 2) von dem Mehrertrag eine Quote von 20 Pro-
zent dem Reservefonds zuzurechnen, so lange derselbe nicht den Pro-
zent von 60 Millionen Mark erreicht hat, 3) von dem weiter
verbleibenden Reste den Anteilseignern ein Viertel, der Reichskasse
drei Viertel überwiesen.

Die Abg. Dr. v. Levetzow (kon.) und Gen. beantragen, in
Nr. 3 hinzuzufügen: Die Gesamtdividende der Anteilseigner
darf sechs Prozent nicht übersteigen.

Die Abg. Auer (Soz.) u. Gen. beantragen zu bestimmen:
Die Gesamtdividende der Anteilseigner darf fünf Prozent nicht
übersteigen.

Abg. Graf Kanitz (kon.): Ich wundere mich nicht, daß die
Sozialdemokraten einen solchen Antrag eingebracht haben, denn
derselbe bedeutet eigentlich nichts weiter, als eine Verstaatlichung
der Reichsbank. Eine solche Verstaatlichung der Reichsbank,
und sei es auch selbst auf 10 Prozent, ist mit dem Gedanken einer
Aktiengesellschaft nicht vereinbar. Wir haben den Antrag Levetzow
schon in abgeänderter Form in der Kommission eingebracht, in dem
wir die Gesamtdividende der Aktionäre auf 5 1/2 Prozent festsetzen
wollten, wir haben den Antrag jetzt in erweiterter Form wieder
eingebracht, und 6 Proz. festgelegt und bitten Sie, unseren Antrag
anzunehmen. Zu dem sozialdemokratischen Antrag haben wir noch
keine Stellung genommen.

Abg. Dr. Schönland (Soz.): Unser Antrag auf sechs Prozent
noch keine Verstaatlichung der Reichsbank. Wir werden jedoch auch
für die Verstaatlichung eintreten, wenn Zeit und Umstände es ge-

hatten. (Sachen rechts.) Sollte unser Antrag abgelehnt werden, so werden wir uns unsere definitive Stellung bis zur dritten Lesung vorbehalten.
Hierauf wird Artikel II unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der Kommissionfassung angenommen.
Für den Antrag der Sozialdemokraten stimmen die Sozialdemokraten, die Konserverativen und der Abg. Dr. Arendt. Für den konserverativen Antrag stimmen außer den Konserverativen und Sozialdemokraten auch die gesamte Reichspartei. Diese Abstimmung ergab wegen des Zusammengehens von Konserverativen und Sozialdemokraten große Heiterkeit.
Abg. Fischbeck (fr. Wp.) beantragt: hinter Artikel II folgenden neuen Artikel II a einzufügen: Die Mitglieder und die Stellvertreter werden von der Generalversammlung aus der Zahl derjenigen Anteilhaber gewählt, welche auf ihren Namen lautende Anteilscheine über einen Mindestbetrag von 9000 Mark besitzen. Ferner beantragt Abg. Fischbeck, den Artikel II a der Kommission Artikel II b zu nennen.
Abg. Fischbeck (fr. Wp.) begründet kurz seinen Antrag.
Bankpräsident Dr. Koch bittet, den Antrag Fischbeck anzunehmen.
Abg. Gump erklärt sich ebenfalls für den Antrag.
Der Antrag Fischbeck wird hierauf angenommen, Artikel II b, welcher Bestimmungen über die Generalversammlung enthält, wird ebenfalls angenommen.
Artikel III ergibt nach der Kommissionfassung das steuerfreie Notenkontingent von früher 293,4 auf 450 Millionen, während die Regierungsvorlage nur eine Erhöhung auf 400 Millionen vorge schlagen hatte.
Artikel III wird ohne Debatte in der Kommissionfassung angenommen, ebenso Artikel IV, welcher von der Beilegung von Pfandbriefen und kommunalen Obligationen handelt.
Artikel V lautet in der Fassung der Kommission folgendermaßen:
§ 1. Die Reichsbank darf vom 1. Januar 1901 ab nicht unter dem von ihr gemäß § 15 des Bankgesetzes jeweils öffentlich bekannt gemachten Prozentsatze diskontieren, sobald dieser Satz 4 Proz. erreicht oder überschreitet. Wenn die Reichsbank zu einem geringeren als dem öffentlich bekannt gemachten Prozentsatze diskontiert, so hat sie diesen Satz im „Reichsanzeiger“ bekannt zu machen. — § 2. Der Bundesrat wird denjenigen Privatnotenbanken gegenüber, auf welche die beschränkenden Bestimmungen des § 43 des Bankgesetzes keine Anwendung finden, von dem vorbehaltenen Kündigungrechte behufs Aufhebung der Befugnis zur Ausgabe von Banknoten zum 1. Januar 1901 Gebrauch machen, wenn diese Banken sich nicht bis zum 1. Dezember 1899 verpflichtet, vom 1. Januar 1901 ab 1) nicht unter dem gemäß § 15 des Bankgesetzes öffentlich bekannt gemachten Prozentsatze der Reichsbank zu diskontieren, sobald dieser Satz 4 Prozent erreicht oder überschreitet, und 2) im Uebrigen um nicht mehr als 1/2 Prozent unter dem gemäß § 15 des Bankgesetzes öffentlich bekannt gemachten Prozentsatze der Reichsbank zu diskontieren, oder falls die Reichsbank selbst zu einem geringeren Satze diskontiert, nicht um mehr als 1/2 Proz. unter diesem Satze. § 3. Handelt eine Privatnotenbank der nach § 2 eingegangenen Verpflichtung entgegen, so wird die Entziehung der Befugnis zur Notenausgabe gemäß § 50 ff. des Bankgesetzes durch gerichtliches Urteil ausgesprochen. Mitglieder des Vorstandes, Vorsteher einer Zweiganstalt, sonstige Angestellte oder Agenten einer solchen Bank, welche für Beilegung der Bank, der von ihr eingegangenen Verpflichtung entgegen, unter dem nach § 2 zulässigen Prozentsatze diskontieren, werden mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.
Nach der Regierungsvorlage sollte der Bundesrat zu dem angegebenen Termine das Privatnotenprivileg kündigen, wenn die Privatnotenbanken sich nicht verpflichteten, vom 1. Januar 1901 ab nicht unter dem Prozentsatze der Reichsbank zu diskontieren.
Abg. Heim und Genossen (Str.) beantragen, in der Kommissionfassung die Worte „erreicht oder“ zu streichen.
Anschließend beantragen die Abgg. Heim u. Gen. den § 2 zu fassen, wie folgt: „Der Bundesrat wird ... zum 1. Januar 1901 seinen Gebrauch machen, wenn diese Banken sich bis zum 1. Dezember 1899 verpflichtet ...“
Der Abg. Dr. v. Levetzow (konf.) u. Gen. beantragen, in § 2 Nr. 2 statt 1/2 zu setzen 1/4 und die Worte „oder falls“ zu streichen.
Abg. Dr. Heim (Str.) bittet um Annahme seines Antrages, der auch in der Kommission ursprünglich angenommen, aber dann in der dritten Lesung abgelehnt sei.
Bairischer Staatsrat Hr. v. Stengel: Der Bundesrat hatte zu der von der Kommission beschlossenen Fassung § 3. noch keine Stellung genommen, und ich möchte auch nicht schon heute der Beschlussfassung des Bundesrates vorgehen. Immerhin dürfte es doch wünschenswert sein und zur weiteren Klärung der Beratung beitragen, wenn der Vertreter des Staates, dem die bedeutendste Privatnotenbank angehört ihre ver-

läufige Stellung zu dem Artikel V. und dem Beschlusse der Kommission fundiert. Der Beschluss der Kommission stellt gegenüber der ursprünglichen Regierungsvorlage die Privatnotenbanken in einer Beziehung günstiger, in einer anderen ungünstiger. Günstiger sind sie durch die Bestimmung, daß sie eventuell bis zu 1/2 Proz. unter dem Prozentsatze der Reichsbank diskontieren dürfen; ungünstiger sind sie durch die Bestimmung, daß sie eventuell bis zu 1/2 Proz. unter dem Prozentsatze der Reichsbank nicht diskontieren darf, sobald dieser Satz 4 Proz. erreicht oder überschreitet.“ Diese letzte Bestimmung hält man in Bayern nicht für vortheilhaft. Wäre es mir möglich gewesen, der dritten Lesung der Kommission beizuwohnen, so hätte ich schon damals gebeten, diese Bestimmung fortzulassen. Nachdem mir diese Gelegenheit nicht geboten war, möchte ich heute den Fehler wieder gut machen und im Auftrage meiner Regierung Ihnen dringend empfehlen, wenigstens den Antrag Heim anzunehmen.
Abg. Graf Kautz (konf.): Unsere Stellung wird durch die Erklärung des Vertreters der bairischen Regierung sehr erschwert. Der Abg. Siemens hat in der Kommission indirekt zugegeben, daß ein niedriger Diskont gleichbedeutend mit einem wirtschaftlichen Aufschwung ist, an dem die ganze Bevölkerung Anteil hat. Nehmen Sie den Antrag Heim an, der den Privatnotenbanken mehr gerecht wird, als der Kommissionsbestimmung!
Reichsbankpräsident Dr. Koch: Die vorgeschlagenen Abänderungen entfernen sich sehr weit von der Vorlage; sie legen kein Befürchtungen für die Privatnotenbanken aus, für welche gar kein Grund vorhanden ist. Ich bitte es bei der Regierungsvorlage zu belassen.
Abg. Hausmann (Wöhltingen, d. Wp.) empfiehlt die Annahme des Antrages Heim im Interesse der kleinen Gewerbetreibenden.
Abg. Dr. von Frege (konf.): Ich will die Existenz der Privatnotenbanken nicht untergraben und erblicke in dem Kommissionsbeschlusse einen Mittelweg, mit dem wir uns begnügen müssen, wenigstens ich den Privatnotenbanken gern einen weiten Spielraum gestanden hätte. Öffentlich wird der Bundesrat seinen Widerspruch gegen den Antrag Heim fallen lassen.
Abg. Gump (Wp.) betont, daß die Privatbanken wiederholt den Diskont der Reichsbank durchkreuzt haben. Mit den Beschlüssen, die die Kommission gefaßt hat, sei die Existenz der Banken sicher gestellt, wie das von der württembergischen und der bairischen Regierung ja offen eingestanden sei. Der Antrag Heim sei für ihn unannehmbar, er begreife nicht, wie der Abg. v. Frege dafür sprechen konnte. In der Kommission sei die ganze Frage aufs eingehendste nach allen Richtungen hin geprüft worden, er bitte daher, den Kommissionsbeschluss aufrecht zu halten.
Abg. Lude (B. d. L.) empfiehlt den Antrag Levetzow.
Staatssekretär Dr. Graf von Hofadousky: Ich bitte Sie, den Antrag Levetzow abzulehnen. Wenn die Herren sich das Ersuchen des Reichsbankpräsidenten vergegenwärtigen, welches eine deutsche Zentralnotenbank ist, so gelangt das damals in der offenen Abklärung der Zentralnotenbank ihre Tätigkeit allmählich über ganz Deutschland erstrecken sollte. Man betrachtete die Privatnotenbanken, die man ließ, als in einem Uebergangsstadium befindlich, man verhoffte, ihnen den Uebergang so leicht als möglich zu gestalten. Was ist nun aber statt dessen eingetreten? Die Reichsbank diskontiert zu einem öffentlich bekannt gemachten Diskont. Sie ist aber auch in der Lage, auf Grund eines Bundesratsbeschlusses unter diesem öffentlich bekannt gemachten Diskont einen Privatdiskont zu gewähren. Der Bundesrat hat dringende Gründe, um in finanzieller Kongruenz mit den Privatnotenbanken zu bleiben, die unter dem offiziellen Satze der Reichsbank diskontieren. Darum wird Ihnen jetzt ein Gesetz vorgelegt, durch welches die Reichsbank vollständig parallel gestellt wird mit den Privatnotenbanken. So lange die Reichsbank nur zu dem offiziellen Diskont diskontiert, sollen die Privatnotenbanken auch nur zu diesem Satze diskontieren dürfen. Wenn Sie aber jetzt den Antrag Levetzow annehmen, so stellen Sie das Verhältnis gerade umgekehrt, wie es bei Erlaß des Reichsbankgesetzes beabsichtigt war. Die Reichsbank soll nach dem Antrag v. Levetzow nur zu dem öffentlich bekannt gemachten Diskont diskontieren dürfen, die Privatnotenbanken aber dürfen nicht niedriger darunter bleiben. Dies bedeutet mir in der That ein gerechtes Mittel nicht zu sein, nachdem Preußen mit so erheblichen Kosten im nationalen Interesse seine eigene Notenbank angeheben hat. Ich kann Sie daher nur bitten, den Antrag Levetzow abzulehnen. Die Ausführungen des Abg. Gump kann ich in allen Punkten nur bestätigen.
Abg. Dr. Arendt führt aus, daß gewichtige Gründe dafür sprächen, den Privatdiskont der Reichsbank zu beseitigen, da derselbe nur dem Großkapital zu Gute käme. Er bitte den Antrag Levetzow anzunehmen, den Antrag Heim jedoch abzulehnen.
Reichsbankpräsident Dr. Koch bestreitet es, daß der Privatdiskont der Reichsbank nur dem Großkapital zu Gute käme. Wenn der Abg. Dr. Arendt konsequent sein wollte, möchte er überhaupt gegen jede Reichsbank sein.
Abg. Dietrich (konf.) ist der Ansicht, daß schon jetzt ein Privat-

diskont unzulässig ist, umso mehr müsse man für die Zukunft seine Beseitigung anstreben. Seine Freunde würden in ihrer großen Mehrheit den Antrag Heim bezüglich seiner Nummer 1 ablehnen, hielten aber auch für die Nummer 2 eine anderweitige Reklamation für notwendig.
Abg. Freisen (Str.): Der Antrag meines Fraktionsgenossen Dr. Heim ist uns allen sehr sympathisch, und ein großer Teil meiner süddeutschen Freunde wird für den Antrag stimmen. Ich werde das mit einem großen Theile meiner Freunde nicht thun, weil ich da wir ein Kompromiß geschlossen haben, darin eine Gefahr für das ganze Gesetz besteht.
Abg. Dr. Heim (Str.): Durch die Regierungsvorlage nicht nur, sondern auch durch den Kommissionsbeschluss wird die Existenz der Privatnotenbanken stark erschwert. Die Ablehnung meines Antrages würde dahin führen, daß der ganze Diskont- und Ueberschreiter sich zu einem Privatmonopol ausgestaltete, von dem zum Staatsmonopol nur noch ein Schritt wäre. Ich bitte die Herren von den Banken, das zu bedenken. Je mehr Sie den Privatnotenbanken die Existenz untergraben, um so mehr fördern Sie die Verstaatlichung, die Sie selber nicht wollen. Ich sage aber, die Verstaatlichung würde immer noch besser sein, als das Privatmonopol.
Bairischer Staatsrat Hr. v. Stengel verweist darauf, daß die bairische Regierung auf die Behandlung der Privatnotenbanken, wie sie der Antrag Heim anstrebe, großes Gewicht legt.
Abg. Dr. Dietrich (konf.) betont, daß auch die bairischen Konserverativen die Ansichten der bairischen Centrumsmitglieder über die Privatnotenbanken theilen.
Abg. Nisler (konf.) tritt für die Privatnotenbanken ein, die sich für den Handel und das Gewerbe als eine segensreiche Institution erweisen hätten.
Hiermit schließt die Debatte.
Die Abstimmung ergibt die Annahme des Artikel V in der Kommissionfassung unter Ablehnung der Anträge v. Levetzow und Heim. Für die Anträge Levetzow stimmen die Konserverativen, für die Anträge Heim die Konserverativen und ein Theil des Centrum.
Der Rest der Vorlage wird debattelos in der Kommissionfassung genehmigt.
Damit ist die zweite Beratung des Bankgesetzes erledigt.
Das Bankgesetz ist also durchweg in der Fassung der Kommission angenommen worden unter Zustimmung des ziemlich unbedeutenden vom Abg. Fischbeck beantragten Art. IIa, welcher wörtlich wie folgt lautet:
In § 31 (des ursprünglichen Reichsbankgesetzes) wird der dritte Satz von „Die Mitglieder“ bis „gewählt“ durch folgende Bestimmung ersetzt: Die Mitglieder und die Stellvertreter werden von der Generalversammlung aus der Zahl derjenigen Anteilhaber gewählt, welche auf ihren Namen lautende Anteilscheine über einen Mindestbetrag von je neunzehnhundert Mark besitzen.
Ferner sind von der Kommission zu dem Gesetz folgende Resolutionen beantragt worden:
1) Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichsbankpräsidenten zu erlauben, daß die Reichsbank bei Diskontierung von Gesellschaftsschecks deren Haftung für die Bezahlung ihrer Kreditfähigkeit befristet.
2) Der Reichstag wolle beschließen, die Erwartung anzukündigen, daß die Reichsbankleitung in Erwägung zieht, ob nicht zu Zeiten künftigen Geldmangels eine Zinsbefreiung für Lombarddarlehen auf 1/2 Proz. über Bankdiskont ermöglicht werden kann.
Abg. Heiligenstadt (ul.) beantragt, in der ersten Resolution statt der Worte „deren Haftung“ zu setzen: „Die Haftung der Genossen für die Bezahlung der Kreditfähigkeit der betreffenden Gesellschaft befristet.“
In dieser Fassung wird die Resolution angenommen, nachdem sich auch Abg. Biell (fr. Wp.) dafür ausgesprochen hat.
Die Resolution II wird in der Kommissionsfassung genehmigt.
Abg. Dr. Arendt hat ebenfalls eine Resolution über die Zukunft der Reichsbank eingebracht, die indessen erst handlungsreif vorliegt und erst in dritter Lesung beraten werden soll. — Die Annahme dieser Resolution von Arendt seitens des Präsidenten wird vom Haupte mit Heilerkeit angenommen.
Präsident Graf Balloren schlägt vor, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, am Freitag, 1. Oktober, Zusatzanträge zu setzen, und zwar n. A. die zweite Lesung des Zusatzartikels Nr. 2. Auf Vorschlag des Abg. Wöhlting (ul.) wird außerdem die 3. Lesung des Bankgesetzes, und zwar an erster Stelle, auf die Tagesordnung gesetzt.
Schluß 12 Uhr.
Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Otto Reuß in Karlsruhe.

Revier Herreralb.
Stangen- und Brennholzverkauf
am Samstag den 6. Mai, vormittags 10 Uhr, auf dem Rathaus in Herreralb aus Staatswald Wegweg und Hirschenfeld.
Brennholz: 5 II., 10 III. Kl.;
Brennstangen: 20 II., 5 III., 10 IV. Kl.;
Brennstangen: 86 I., 79 II., 15 III., 40 IV., 35 V. Kl.;
Nadelholz: 115 I., 70 II. Kl., sowie 35 Stck Bohlenbrennholz.
Ferner aus Staatswald Hinterer Zahnisch, Herreralb, Bernstein, Hirschenfeld, Hirt, Kappelberg, Unterer Meisloch, Oberer Meisloch, Grobholz, Hirschenfeld, Großer Weg, Hirschenfeld und Hirschenfeld der Guten Herreralb und Hirschenfeld.
Anz.: Spalter 2 Nadelholz; Scheiter 6 Buchen, 1 Nadelholz; Weigel 68 Kupfer, sowie Anbruch: 8 Eichen, 93 übergebene Raupholz und 389 Nadelholz.
Revier Herreralb.
Stammholzverkauf
am Freitag den 5. Mai, vormittags 10 Uhr, auf dem Rathaus in Herreralb aus Staatswald: Hinterer Zahnisch, Hirschenfeld, Hirt, Kappelberg, Hirschenfeld, Großer Weg, Hirschenfeld und Hirschenfeld der Guten Herreralb und Hirschenfeld.
1847 Stck Normal- und Aufschlagholz mit Anz.: 475 I. und 6 Drauf; 847 II. und 5 Drauf; 275 III. und 1 Drauf; 262 IV., 8 V. Klasse; 394 Stck Normal- und Aufschlagholz mit Anz.: 241 I. und 22 Drauf; 61 II. und 8 Drauf; 81 III. Klasse; 16 Stck III.—V. Kl. mit 8 Festmeter.
Zu verkaufen
Hengst,
frisch, vorzüglich als Reiterpferd geeignet, bei
Hilbert Köhler, Eckenheim.
Häner-Verkauf.
16 Hühner, wozu auch Lagerhühner im Preise von je 8000 M. sind, zu M. 2000. 20. Oktober abzugeben. Ansehen bei Herrn Küstermeister Drath, Eckenheim in Karlsruhe. 2385.3.1

Dr. Brehmer's Heilanstalt für Lungenkranke,
Görbersdorf in Schlesien.
Aerztlicher Leiter:
Doctor Carl Servaes.
Prospecte kostenfrei durch die Verwaltung. 2085.12.6

Emmendingen.
Gasthof zur Post.
Neubau in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes.
Pension. — Restaurant. — Billard. — Telefon Nr. 4.
Vollständig der Neuzeit entsprechende Ausstattung.
25 Fremdenzimmer. — Grosser und kleiner Saal.
Mittagstisch von 12—2 Uhr. 2041.10.5
Reine, selbstgezapfte Weine. Vorzügliche Küche.
Münchener und einheimisches Bier vom Fass.
Bestens empfohlen. W. Hassler.

Abtine Luft und Höhenkur im baher. Müggau mit kohlensäurehaltigen (Syston Keller) und anderen Kurwässern.
Pension Rubihaus in Oberstdorf.
Mai, Juni u. Herbst ermäßigte Preise. Näheres durch Hrn. Anna Thürlings, Oberstdorf, und Hr. Prof. Thürlings, Bern. 2102.3.3

Sommer- u. Winterstat. Stilleste Spitze des deutschen Reiches.
2890 P. F. = 843 Mtr. ü. d. M. **Oberstdorf.** **Telgr.- u. Eisenstat.**
Bestechtester Sommerkurort des bayer. Algäus; unübertroffene Mannigfaltigkeit der Touren; geschützte Lage, staubfreie Luft, ausgedehnte, schattige Spaziergänge; gute Gasthöfe und Pensionen, billige Preise; Privatwohnungen in genügender Anzahl. — Moorwasser- und Seebäder. Fischereigelegenheit und Kahnfahrt 2 Aerzte. 2243.7.1
Näheres Auskunft erteilt Der Verschönerungsverein.

Schule zu Worms a. Rh.
Cursusbeginn am 1. Mai u. 1. Nov. jed. Jahres.
Näheres Auskunft erteilt. 1278
Die Direction: **Lehmann-Heibig.**

Brauer- für Industrielle
bietet sich Gelegenheit, ein Baugrundstück in vorzüglicher Gegend (auf baufähigem Boden) zu billigen Preisen zu erwerben. Billig zu erhaltende Gasleitungsbahn, hochwasserfest, billige elektr. Kräfte.
Nach Wunsch des Käufers Beteiligung. Fläche ca. 3 Hektare. 2249.2.2
Ges. Offerten unter Chiffre N. 2103 Q. an Haasenstein & Vogler, Basel.

Patente
besorgen und verwerten
H. & W. Pataky
Berlin NW., Luisen-Strasse 25.
Gegr. 1852.
Bis jetzt: 30 000
über
Aufträge zu Anmeldeungen, Verwertungsverträge für ca. 2/3 Millionen M.
Auskunft u. Prospekt gratis.
178.28.22
Filial-Fabrikanten-Kasselerstr.

Wannenbäder täglich, auch Sonntag vormitt. 18 „Mildbad“, Friedenstr. 18. Telefon 522. 1442. - 7

Schweinemergerei und **Wurstlerei** in guter Lage Freiburgs infolge Todesfalles sofort oder später preiswürdig zu verpachten. Näheres durch **Josef Hill,** Freiburg i. B.

Fahrräder.
Eine Partie zurückgebliebener Herren- und Damenmaschinen preiswert zu verkaufen. 1830.10.8
Kap. G. Vogler, Karlsruhe, 13 Kurdenstr. 13.

Heidelberg. In meinem Pensionate werden nach einige junge Mädchen zur gründlichen Ausbildung in der Führung eines kleineren Haushaltes aufgenommen. Gemüthliche Gemüthsruhe. Villa mit großem Garten. Auf Wunsch Unterricht in den Wissenschaften, Musik und Malen. Beste Referenzen. 2250. - 3
Fraulein von Scherer.

Das Kinderheilbad Siloa in Hoppeman
2294.3.1
wird am 1. Juni eröffnet.
Näheres Auskunft erteilt der Vorstand der **Diakonissen-Anstalt in Hoppeman**, an den auch die Anmeldungen zu richten sind. In den Monaten Juni, Juli u. September können auch solche Mädchen, die das 14. Lebensjahr überschritten haben, aufgenommen werden.

Ein gutgehendes **Mantel-Geschäft**
mit feiner Damenkonfektion ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Feine Gelegenheit für eine Directrice. Offerten an die Exped. ds. Bl. zu richten unter Nr. 2254.10.2

Ein Fräulein,
welches 2 Jahre die Quinquenne in Karlsruhe befücht, gründl. Unterricht im Klavier spielen erteilen kann, sowie in der franz. Sprache nicht unbewandert ist, sucht, auf gute Zeugnisse gestützt, eine passende Stelle entw. zu h. h. oder ab. einer einheimischen Dame. Fräul. Wehant, wozu höchst Gehalt vorgezogen.
Herr. Fr. sind bis längstens 10. Mai an die Exped. ds. Bl. zu richten unter Nr. 2214.2.2

Erweiterte u. billige Bezugsworte!
Zunehmend als 100 000 Familien im Bedingungsfall
Gänsefedern,
Gänsefedern, Schwannenseiden, Schwannenseiden u. anderen Sorten bester u. feiner. Preis und beste Reinigung garantirt. Preis: 1000 Stück 1/2 M., 2000 Stück 1/1 M., 3000 Stück 1/1 M., 4000 Stück 1/1 M., 5000 Stück 1/1 M., 6000 Stück 1/1 M., 7000 Stück 1/1 M., 8000 Stück 1/1 M., 9000 Stück 1/1 M., 10000 Stück 1/1 M., 11000 Stück 1/1 M., 12000 Stück 1/1 M., 13000 Stück 1/1 M., 14000 Stück 1/1 M., 15000 Stück 1/1 M., 16000 Stück 1/1 M., 17000 Stück 1/1 M., 18000 Stück 1/1 M., 19000 Stück 1/1 M., 20000 Stück 1/1 M., 21000 Stück 1/1 M., 22000 Stück 1/1 M., 23000 Stück 1/1 M., 24000 Stück 1/1 M., 25000 Stück 1/1 M., 26000 Stück 1/1 M., 27000 Stück 1/1 M., 28000 Stück 1/1 M., 29000 Stück 1/1 M., 30000 Stück 1/1 M., 31000 Stück 1/1 M., 32000 Stück 1/1 M., 33000 Stück 1/1 M., 34000 Stück 1/1 M., 35000 Stück 1/1 M., 36000 Stück 1/1 M., 37000 Stück 1/1 M., 38000 Stück 1/1 M., 39000 Stück 1/1 M., 40000 Stück 1/1 M., 41000 Stück 1/1 M., 42000 Stück 1/1 M., 43000 Stück 1/1 M., 44000 Stück 1/1 M., 45000 Stück 1/1 M., 46000 Stück 1/1 M., 47000 Stück 1/1 M., 48000 Stück 1/1 M., 49000 Stück 1/1 M., 50000 Stück 1/1 M., 51000 Stück 1/1 M., 52000 Stück 1/1 M., 53000 Stück 1/1 M., 54000 Stück 1/1 M., 55000 Stück 1/1 M., 56000 Stück 1/1 M., 57000 Stück 1/1 M., 58000 Stück 1/1 M., 59000 Stück 1/1 M., 60000 Stück 1/1 M., 61000 Stück 1/1 M., 62000 Stück 1/1 M., 63000 Stück 1/1 M., 64000 Stück 1/1 M., 65000 Stück 1/1 M., 66000 Stück 1/1 M., 67000 Stück 1/1 M., 68000 Stück 1/1 M., 69000 Stück 1/1 M., 70000 Stück 1/1 M., 71000 Stück 1/1 M., 72000 Stück 1/1 M., 73000 Stück 1/1 M., 74000 Stück 1/1 M., 75000 Stück 1/1 M., 76000 Stück 1/1 M., 77000 Stück 1/1 M., 78000 Stück 1/1 M., 79000 Stück 1/1 M., 80000 Stück 1/1 M., 81000 Stück 1/1 M., 82000 Stück 1/1 M., 83000 Stück 1/1 M., 84000 Stück 1/1 M., 85000 Stück 1/1 M., 86000 Stück 1/1 M., 87000 Stück 1/1 M., 88000 Stück 1/1 M., 89000 Stück 1/1 M., 90000 Stück 1/1 M., 91000 Stück 1/1 M., 92000 Stück 1/1 M., 93000 Stück 1/1 M., 94000 Stück 1/1 M., 95000 Stück 1/1 M., 96000 Stück 1/1 M., 97000 Stück 1/1 M., 98000 Stück 1/1 M., 99000 Stück 1/1 M., 100000 Stück 1/1 M.
Pecher & Co.
in Herford Nr. 30 in Westfalen, wozu Näheres Auskunft erteilt. Preislisten und Prospekt gratis, umsonst. Postretel! Angabe der Preislisten erwünscht!
942.18.11